

Probleme sozialer Integration, Identität und Machtverhältnisse in einer Großwohnsiedlung

Geiling, Heiko

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geiling, H. (2007). Probleme sozialer Integration, Identität und Machtverhältnisse in einer Großwohnsiedlung. In J. S. Dangschaft, & A. Hamedinger (Hrsg.), *Lebensstile soziale Lagen und Siedlungsstrukturen* (S. 91-110). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-318768>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Heiko Geiling

**Probleme sozialer Integration, Identität und
Machtverhältnisse in einer Großwohnsiedlung**

S. 91 bis 110

Aus:

Jens S. Dangschat, Alexander Hamedinger (Hrsg.)

**Lebensstile, soziale Lagen und
Siedlungsstrukturen**

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 230

Hannover 2007

Heiko Geiling

Probleme sozialer Integration, Identität und Machtverhältnisse in einer Großwohnsiedlung

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Soziale Integration
 - 2.1 Segregation und Konzentration in der Großwohnsiedlung
 - 3 Soziale Identität
 - 3.1 Umkehrung der Etablierten-Außenseiter-Beziehung
 - 4 Raum und soziale Ungleichheit
 - 4.1 Stadtteil als sozialer Raum
 - 5 Konfliktlinien
- Literatur

1 Einleitung

Zwei Erfahrungen beeinflussen den folgenden Beitrag zur Theorie und Methode der Analyse sozialer Strukturen und Beziehungen in einer städtischen Großwohnsiedlung. Es ist zunächst die Erfahrung unseres methodologischen Ansatzes der Analyse sozialer Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, die sich im Begriff des *relationalen Paradigmas* (vgl. Vester et al. 2001) zusammenfassen lässt. Im Unterschied zur Soziologie sozialer Ungleichheit und zu Sozialstrukturanalysen im engeren Sinn, die primär an sozialen Standards von Individuen und Gruppen ausgerichtet sind, stehen im Mittelpunkt unseres Erkenntnisinteresses die sozialen Beziehungen und positionsbedingten Probleme von sozialen Gruppen. Aus dieser Milieuperspektive zielen wir auf die informellen, nicht immer sogleich sichtbaren, aber im Alltag und seinen Hierarchien wirksamen Kommunikations- und Interaktionsmuster der Menschen in ihren sozialräumlichen Bezügen. Entgegen linearen und nicht selten eindimensionalen Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung verweist das relationale Paradigma auf unterschiedliche Entwicklungspfade alltagsweltlicher und politischer Verarbeitung gesellschaftlicher Strukturbrüche, wie sie uns in Gestalt vielschichtiger sozialer Segregations- und Konzentrationsprozesse im Städtischen begegnen.

Die zweite in diesen Beitrag einfließende Erfahrung basiert auf einer daran anschließenden Untersuchung eines jener Stadtteile, die in den 1960er- und 70er-Jahren als Großsiedlungen an den Rändern bundesdeutscher Städte errichtet wurden und nun als *Problemviertel* oder gar als *soziale Brennpunkte* öffentliches Interesse erregen. In unserem Fall handelt es sich um den hannoverschen Stadtteil Vahrenheide, der Ende der 1950er-Jahre für mehr als 20.000 Menschen geplant worden war, in kleinerem Maßstab für etwa 12.000 Einwohner mit überwiegend öffentlichen Wohnungsbaumitteln in den 1960er- und zu Beginn der 1970er-Jahre realisiert wurde und seit 1998, bezogen auf seinen östlichen Teil, als Sanierungsgebiet ausgewiesen ist (vgl. Geiling et al. 1999; 2001; 2002). Unsere

Untersuchung sollte den Akteuren der Sanierung Hinweise geben auf soziale Strukturdaten und auf das mehr oder minder gelingende Zusammenspiel von Bewohnerschaft, lokalen Initiativen, Vereinen, städtischen Einrichtungen und Gremien.

Die Komplexität sozialer Integrationsprobleme in der Stadt, so unsere These, lässt sich über die Analyse von Strukturen und Lebenswelten einzelner Stadtteile exemplarisch dann erfassen, wenn diese auf möglichst kleinräumiger Datenbasis in der Verknüpfung mit qualitativen Untersuchungsmethoden erfolgt. Der hier auch theoretisch skizzierte Ansatz reicht über vordergründige, überwiegend an den Merkmalen systemischer Integration orientierte Segregationsanalysen hinaus. Er richtet sich auf den Problemzusammenhang sozialer Integration in ihren sozialräumlichen Bezügen, in ihren Dimensionen alltagskultureller Identitäten und erfahrbarer lokaler Machtbeziehungen. Raum ist damit für uns eine Dimension der sozialen Praxis. In diesem Sinne ist Raum eine disponible und strategisch nutzbare Ressource ökonomischer, kultureller und politischer Interessen. Als sozial konstituiertes und somit historisches Produkt ist Raum in seiner Vergegenständlichung und Nutzung eine beeinflussbare und zugleich aber auch soziales Verhalten beeinflussende Dimension. Raum stellt sich dar als prekärer Kontext von strukturierten und strukturierenden Interessen und Bedürfnissen und verweist als Repräsentations- und Handlungsrahmen (vgl. Läßle 1991) auf Muster sozialer Praxis.

Nachfolgend wird zunächst skizziert, was soziale Integration in der Stadt heißen kann. Aus der exemplarischen Perspektive einer Großwohnsiedlung erhalten die damit verbundenen aktuellen Probleme eine spezifische Gestalt sozialer Segregation und Konzentration. Danach wird entlang von kleinräumigen Daten und Beobachtungen auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung sozialer Milieus im Stadtteil eingegangen. Daraus ergeben sich Hinweise auf die für lokale soziale Integration bedeutsamen Muster und Probleme sozialer Identitätsbildung. Zuletzt werden über qualitativ erhobene Befunde nicht minder bedeutsame Strukturen stadtteilspezifischer Machtverhältnisse identifiziert und im Licht der zuvor aufgegriffenen Dimensionen sozialer Segregation und Identitätsbildung diskutiert.

2 Soziale Integration

Die Chancen der Individualisierung und der Freiheit zur bürgerlichen Selbstverwirklichung kennzeichnen im Idealfall Städte als sogenannte Integrationsmaschinen. Jedoch ist die bis heute gängige Vorstellung positiver städtischer sozialer Integration – zum Ausdruck gebracht als städtische Erfahrung und Qualität von Vielfalt, Toleranz, „*Stadtluft macht frei*“ (Weber 1985: 742) – nicht der eigentliche Motor dieser Integrationsmaschine. Insbesondere Simmel (1903) hat darauf hingewiesen. Er verstand Stadt als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Strukturmerkmale. Die Stadt stellte sich für ihn als idealtypischer Ort kapitalistischer Geldwirtschaft dar, wo sich die sozialen Beziehungen der Menschen in Analogie zu denen von Marktteilnehmern rein sachlich und völlig entpersönlicht gestalten. In dieser Marktorientierung kommt die Stadt ohne ein über den realen Interessen schwebendes geistiges Zentrum oder moralisches Medium aus, welches für soziale Integration verantwortlich wäre. Stattdessen war städtische soziale Integration für Simmel nur in der Gestalt vorstellbar, dass unabhängige bürgerliche Individuen sich aufgrund wechselseitiger ökonomischer Interessen verständigen können. Analog zu dieser rein funktional und

nicht mehr persönlich begründeten Integration werden die von Simmel zugleich für das städtische Verhalten als typisch angesehenen Formen der Distanz, Blasiertheit und Differenz als Selbstschutz bzw. als integraler Bestandteil des dem hektischen Marktgeschehen gleichgesetzten städtischen Zusammenlebens begriffen.

Diese auch als mutualistische Form des *Leben und leben lassen* vorstellbare typisch städtische Gestalt sozialer Integration funktioniert jedoch nur unter den Bedingungen gelungener „systemischer Integration“ (Lockwood 1979), wenn also für die Menschen der gleichberechtigte Zugang zum Markt und zur Bürgerschaft gewährleistet ist. Soziale Integration in der Stadt bzw. die bürgerliche Selbstverwirklichung als Freiheit zur Differenz kann aus dieser wirtschaftsliberal inspirierten systemischen Perspektive nur dann gelingen, wenn das Individuum mit allen Möglichkeiten und Rechten in diesen sozialen und politischen Kontext städtischer Vergesellschaftung eingebunden ist. Allein unter diesen Bedingungen kann die großstädtische Gleichgültigkeit zur Tugend und die urbane Anonymität zur Freiheit werden (vgl. Häußermann 1995: 94). Mit dieser strukturanalytischen These städtischer Integration kann zwar nicht erklärt werden, warum dennoch persönlich gefärbte soziale Beziehungen und moralische Regelungen im Sinne von Durkheims (1988/1902) „organischer Solidarität“ in der Stadt gelebt werden (siehe dazu hier Abschnitt 3), aber sie stellt Stadt abseits negativer oder positiver Idealisierungen in den gesamtgesellschaftlichen Kontext systemischer Einflüsse.

Nun ist die in den Phasen der prosperierenden Wirtschaft – wenn auch immer nur mit Einschränkungen – funktionierende Integrationsmaschine mit der strukturellen Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 1970er-Jahre ins Stocken geraten. Mittlerweile geben Berichte aus deutschen Städten (Bartelheimer 1997; Podszuweit, Schütte 1997; Häußermann, Kapphann 2000; Buitkamp 2001) Hinweise auf zunehmende Ausgrenzungserfahrungen, insbesondere bei Dauerarbeitslosen, Alleinerziehenden und Migrant*innen. Ausgrenzung bezeichnet dabei die zunehmende Abkopplung vom Arbeitsmarkt, hohe Hürden zum gesellschaftlichen Institutionengefüge, Verfestigung sozialer Isolation und häufige Stigmatisierungserfahrungen. Sie stellt sich als *Problem sozialer Integration, Identität und Machtverhältnisse* dar. Ausgrenzungs- und Armutspänomene finden sich in deutschen Großstädten nicht durchgängig, sondern erscheinen in spezifischen Segregationsmustern. Davon betroffen sind vor allem zentrumsnahe ehemalige Arbeiterstadtteile, schlichte Wohnsiedlungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit und periphere Großsiedlungen der 1960er- und 1970er-Jahre.

Die Außenwahrnehmung entsprechender Stadtteile und seiner Bewohnerschaften ist in der Regel orientiert an Vorgaben, die die *Mehrheitsgesellschaft* als Maßstab für gelungene soziale Integration in Anspruch nimmt und die im Sinne Simmels als Bedingungen systemischer Integration bezeichnet werden können. Die Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerzahlen widersprechen diesem Anspruch gelungener sozialer Integration ebenso wie die relativ hohen Anteile von Nicht-Deutschen ohne bürgerlich-politische Rechte. Daran anknüpfende öffentliche Diskussionen schließen aus den vorliegenden Datenbefunden auf vermeintliche Unzulänglichkeiten der dortigen Menschen wie auch auf die als grundsätzlich defizitär wahrgenommenen und sich entsprechend negativ auf ihre Bewohnerschaften auswirkenden Stadtteile in ihrer Gesamtheit. In diesem Zusammenhang liegt es nahe,

dass sich uns mit dieser öffentlichen Skandalisierung von Integrationsproblemen, die in Gestalt der Verwahrlosung und Anomie ins Spiel gebracht werden, die aus der Diskussion um die *Gettos* und die „*new underclass*“ in den USA (Wilson 1993) bekannten Theoreme und Schlussfolgerungen aufdrängen, ohne dass wir die spezifischen Bedingungen in unseren Großwohnsiedlungen hinreichend wahrgenommen haben. Davor ist die Frage zu stellen, ob die in der Regel stigmatisierenden Außenwahrnehmungen solcher Stadtteile der Mehrdimensionalität von sozialen, ökonomischen und kulturellen Formen der Integration und Ausgrenzung überhaupt gerecht werden können. Denn selbst in dem hier diskutierten hannoverschen Stadtteil Vahrenheide sind zwei Drittel der Bewohner in der Lage, ihr Leben ohne staatliche Transferleistungen zu bewältigen. Sie repräsentieren unterschiedliche soziale Milieus, die über die diskriminierende Außenwahrnehmung ihres Stadtteils hinaus ihre jeweils eigenen Formen der Binnenwahrnehmung entwickeln und darüber das lebensweltliche Mit- und Gegeneinander strukturieren.

2.1 Segregation und Konzentration in der Großwohnsiedlung

Im Rahmen unseres Untersuchungsansatzes versuchen wir die mit den üblichen Segregationsanalysen – und ihren zu relativ großen Räumen aggregierten Datenbeständen – verbundenen Gefahren des ökologischen Fehlschlusses zu reduzieren, indem wir die Stadtteildaten auf kleinräumige Stadtteilquartiere herunterbrechen. Als Quartiere bezeichnen wir Wahlbezirke, von denen es in Hannover 1999 insgesamt 385 gab, mit jeweils durchschnittlich 1.200 Einwohnern. Die Wahlbezirke verfügen überwiegend über einheitliche bauliche Strukturen und räumliche Abgrenzungen. Allerdings ist die Zahl der jeweiligen Einwohner unterschiedlich, da die Zahlen der nicht Wahlberechtigten, also in der Regel die der Nicht-Deutschen, bei der Bezirkseinteilung keine Rolle spielen. Datengrundlagen lieferten uns die kommunalen Melderegister, die Sozialhilfestatistik, die Arbeitslosenstatistik und die Statistiken des Amtes für Wohnungswesen. Allein der Stadtteil Vahrenheide gliedert sich in sieben Wahlbezirke, von denen an dieser Stelle drei entlang der oben skizzierten Daten vorgestellt werden sollen. Nicht nur wird damit die *Bandbreite der sozialen Lagemerkmale* in diesem Stadtteil angedeutet, auch erlaubt diese Perspektive, im Unterschied zu eindimensionalen Klassifizierungen, von vornherein einen differenzierten Zugang zu den lebensweltlichen Strukturbedingungen. Es handelt sich dabei um Quartiere mit am Stadtdurchschnitt gemessenen *relativ hohen, unterdurchschnittlichen* und *äußerst niedrigen Niveaus sozialer Standards* (siehe dazu Tab. 1).

Tab. 1: Sozialstrukturmerkmale in Stadt, Stadtteil und drei ausgewählten Stadtteilquartieren

	Stadt Hannover	Vahrenheide	Quartier 1201	Quartier 1206	Quartier 1204
Einwohner 12/2000 absolut	505.648	9.319	699	1.448	1.622
Einwohnerverluste seit 1988 in %	4,1	13,7	11,6	1,9	30,4
Bevölkerungsanteil 0–17 Jahre in %	15,3	21,5	12,6	23,6	32,9
Bevölkerungsanteil 18–59 Jahre in %	59,6	52,4	45,4	54,6	51,3
Bevölkerungsanteil 60 Jahre und älter in %	25,0	26,1	42,1	21,8	15,8
Anteil von Familien mit 3 und mehr Kindern an allen Familienhaushalten in %	10,8	18,5	7,0	15,6	36,2
Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien in %	24,0	23,2	22,8	25,0	21,9
Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung in %	85,0	69,1	96,3	71,3	53,7
Anteil der Aussiedler an der deutschen Bevölkerung in %	3,9	11,4	1,5	9,4	13,5
Anteil der Nicht-Deutschen an der Bevölkerung in %	15,0	30,9	3,7	28,7	46,3
Sozialhilfequote der Gesamtbevölkerung in %	7,3	17,6	0,9	13,7	30,9
Sozialhilfequote der Deutschen in %	5,1	13,7	0,3	12,2	25,6
Sozialhilfequote der Nicht-Deutschen in %	20,0	26,3	15,4	17,5	37,2
Arbeitslosenquote (Erwerbsfähige im Alter 18–64) in %	10,1	18,6	5,0	18,5	27,0
Arbeitslosenquote der Deutschen in %	8,2	16,0	4,0	17,0	25,7
Arbeitslosenquote der Nicht-Deutschen in %	17,5	20,0	25,0	20,2	25,2
Anteil der Langzeitarbeitslosen (mindestens 12 Monate) an den Arbeitslosen in %	33,3	38,7	26,3	31,3	45,3
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der Bevölkerung in %	33,0	24,8	27,1	24,7	20,9
Anteil der Wohnungen mit Belegrechten in %	20,6	64,0	0,0	64,5	91,1

Quelle: Statistikstelle der Landeshauptstadt Hannover (Datenbezug: 31.12.2000)

Die hier ausgewählten Quartiere befinden sich im Westen (1201), Nordosten (1206) und Südosten (1204) Vahrenheides und repräsentieren deutlich unterschiedene soziale Lagemerkmale. Das nicht im Sanierungsgebiet liegende Quartier 1201 stellt sich als *Reihenhaus*siedlung mit einigen wenigen Zeilenbauten dar. Es ist in den 1950/60er-Jahren erbaut worden, ebenso wie das überwiegend aus *Zeilenbauten* bestehende Quartier 1206 und Teile des Quartiers 1204, welches allerdings Anfang der 1970er-Jahre um 18-geschossige *Hochhauskomplexe* erweitert wurde. Sowohl die Alters- und Familienstrukturen als auch die Quote der Nicht-Deutschen, Sozialhilfebezieher und Arbeitslosen zeigen, gemessen an den Bedingungen systemischer Integration, ein außerordentliches West-Ost-Gefälle, das jeder einheitlichen Klassifizierung des Stadtteils widerspricht.

Am deutlichsten wird dies mit der Belegrechtsquote von 0 % in 1201 und 91,1 % in 1204 ausgedrückt. Bewohner mit geringen oder keinen Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt sind von der städtischen Belegrechtspolitik in 1204 konzentriert. Dies betrifft Arbeitsmigranten ebenso wie unterschiedliche Flüchtlingsgruppen und Aussiedler, die in diesem Quartier mit 59,8 % den autochthonen Deutschen, die dazu noch zu 25 % sozialstaatliche Transferleistungen beziehen, als Mehrheit gegenüberstehen. Verglichen

mit den polarisierenden Merkmalen zwischen den Quartieren 1201 und 1204 zeigt das Quartier 1206 auf den Stadtteil bezogen durchschnittliche Werte, die – bis auf die relativ niedrige Sozialhilfequote der Nicht-Deutschen in diesem Quartier – nahezu doppelt so hoch ausfallen wie entsprechende Durchschnittswerte in der Stadt Hannover.

Die sich in dieser differenzierten Perspektive darstellende stadtteilspezifische soziale Segregation und Konzentration verweist darauf, dass es entgegen der einhelligen Außenwahrnehmung des Stadtteils vielfältige positionsbedingte Binnenwahrnehmungen gibt, die auch von den unterschiedlichen Quartiersbedingungen (Reihenhäuser, Zeilenbauten, Hochhauskomplex) mitgeprägt werden. Es ist anzunehmen, dass in Vahrenheide milieuspezifische Wahrnehmungen, Probleme und Bewältigungsmuster existieren, die in ihrer jeweiligen Strukturierung mehr über Integration und Ausgrenzung vermitteln können als stadtteilbezogene Durchschnittswerte von sozialen Lagemerkmalen. Alltagsweltliche Strukturen im Stadtteil wie auch die nachfolgend diskutierten Identitäts- und Machtprobleme konturieren sich zunächst über kleinräumige Datenbestände.

3 Soziale Identität

Gegen die Gedankenlosigkeit, mit der in den 1960er-Jahren viele städtische Großsiedlungen über Interessen und Bedürfnisse der Menschen hinweg gebaut wurden, setzte Mitscherlich (1965) seine „*Anstiftung zum Unfrieden*“. Er richtete die Aufmerksamkeit auf individual- und sozialpsychologische Dimensionen des sozialen Zusammenlebens in der Stadt, die trotz faszinierender Arbeitsteilung, erweiterter Konsumchancen, technologischer Fortschritte und gelingender systemischer Integration das Alltagsleben der Menschen belasteten. Seine kritische Auseinandersetzung mit Besitz an städtischem Boden, Bodenspekulationen, Konsumzwängen und Vernachlässigung von Kindern zielte auf die gesellschaftliche Anerkennung von Gelegenheiten und Räumen der Reflexion abseits der Hektik systemischer Zwänge. Nur auf äußere Reize zu reagieren, ständig neuen Verhaltenszumutungen ausgesetzt zu werden und mit dem rasenden Tempo systembedingter Flexibilisierungsanforderungen nur unbewusst umgehen zu können, widersprach nach Mitscherlich den *Voraussetzungen individueller Integration*, nämlich gegensätzliche Erfahrungen bewusst wahrnehmen, selbstbestimmt zulassen und darüber in relativer Autonomie reflektieren zu können.

Hier wird eine Dimension sozialer Integration thematisiert, die über die von Simmel in idealtypischer Weise gefasste Integrationsleistung der Stadt hinausweist. Denn Wettbewerb und Arbeitsteilung als zentrale Dimension systemischer Integration vermögen immer nur kurzlebige und äußerliche Verbindungen herzustellen. Ökonomische Tauschverhältnisse waren allein nie in der Lage, soziale Kohäsion zu begründen und Formen der alltagsweltlichen Vergemeinschaftung hervorzurufen. Dementsprechend hat Durkheim (1988 [1902]: 259 f.) seinen Begriff der „*organischen Solidarität*“ verstanden: „Denn wenn das Interesse die Individuen auch einander näher bringt, so doch immer nur für Augenblicke; es kann zwischen ihnen nur ein äußeres Band knüpfen [...] Denn wo das Interesse allein regiert, ist jedes Ich, da nichts die einander gegenüberstehenden Egoismen bremst, mit jedem anderen auf Kriegsfuß.“ Er verweist stattdessen auf die kohäsiven Kräfte der über die Arbeitsteilung begründeten korporativ gefassten Berufsgruppen: „Sobald aber die Gruppe gebildet ist, entsteht in ihr ein moralisches Leben, das auf natürliche Weise den

Stempel der besonderen Bedingungen trägt, in denen es entstanden ist [...] und infolgedessen entsteht ein Korpus moralischer Regeln.“ (Ebd.: 55 f.).

Im Anschluss an Simmel hatte schon Park (1925) aus der Perspektive der amerikanischen Stadt Chicago darauf hingewiesen, dass kohäsive moralische und politische Regelungen des städtischen Gleichgewichts benötigt werden, um ökonomische Ungleichheiten, kulturelle Fremdheiten und damit verbundene Integrationsprobleme bewältigen zu können. So sind es auch noch gegenwärtig die in den sozialen und ethnischen Milieus entwickelten sozialen Beziehungen und kohäsiven Formen der „Vergemeinschaftung“ (Weber 1985: 21), von denen aus die Menschen versuchen, den ökonomischen Verhaltenszumutungen zu begegnen. Erweisen diese sich als unzumutbar, wirken die anonymen Mechanismen systemischer Arbeitsteilung und Konkurrenz mehr oder minder ausgrenzend, geraten die kohäsiven Kräfte des Alltagslebens unter Druck, zerfallen und lassen sich kaum wieder rekonstituieren.

In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums und Arbeitskräftemangels konnte Mitscherlichs Kritik an den neuen Großsiedlungen und an ihrer soziale Isolierung verursachenden Maßverhältnissen und Strukturen noch verdrängt werden, weil zunächst die Wohnungsnot abgemildert werden konnte und die nachholende Modernisierung jede soziale Problemlage als kurzfristig reparabel erscheinen ließ. 35 Jahre später jedoch gewinnt Mitscherlichs Kritik neue Aktualität. Mehr denn je scheinen heute Reflexions- und Erfahrungsräume gebraucht zu werden, um über soziale und kulturelle Grenzen hinaus Vergemeinschaftungen als Bestandteil sozialer Integration zu ermöglichen. Die Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt und die sie begleitenden Migrationsprozesse haben mittlerweile zu einer Vervielfachung sozialer Ungleichheit und neuer Verhaltenszumutungen, nicht zuletzt im Kontext ethnisch-kultureller Heterogenität, geführt (vgl. Geißler 2002).

Dadurch geprägte Erfahrungen werden vor allem in den zuvor schon kritisierten Großsiedlungen gelebt, deren mangelnde Infrastrukturen sich bis heute kaum verbessert haben, deren Wahrnehmungsraum nach Maßgabe der üblichen Funktionstrennung reduziert ist auf eintönige Zeilenbebauung, kaum nutzbares Abstandsgrün und autogerechte Gestaltung, und deren Bausubstanz häufig stark sanierungsbedürftig geworden ist. Aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus finanziert, besteht der Großteil des dortigen Wohnungsbestandes aus Sozial- und Belegrechtswohnungen, über die die städtischen Wohnungsverwaltungen verfügen. In der Regel dienen diese Siedlungen als Entlastungsräume, die das übrige Stadtgebiet freihalten von sozial unterprivilegierten Gruppen, die – wie in Vahrenheide – auf Grund ihrer sozialen und kulturellen Heterogenität kaum in der Lage sind zu kohäsiven Anstrengungen.

3.1 Umkehrung der Etablierten-Außenseiter-Beziehung

Von den Erstbewohnern aus den 1960er-Jahren sind in Vahrenheide vor allem jene Gruppen zurückgeblieben, die als Teil der sogenannten *Wiederaufbau-Generation* mit für Arbeitermilieus typischen niedrigen bis durchschnittlichen Renten auf dem Wohnungsmarkt keine Alternative finden. Sie teilen sich den Lebensraum mit *weniger respektablen und sozial benachteiligten Einheimischen* und mit auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt ohnehin benachteiligten *Migrantengruppen*, während die Kindergeneration der deutschen Erstbewohner häufig in sozial höher eingeschätzte Stadtteile abgewandert ist. Die individuellen

Erfahrungen mit sozialer Unsicherheit und mit der Ethnisierung sozialer Konflikte spitzen sich in diesen Quartieren und Stadtteilen immer dann zu, wenn die *Mehrheitsverhältnisse umkippen*, wenn sich die Etablierten-Außenseiter-Beziehungen umkehren.

Dazu gehören die Veränderungen der ohnehin in diesen Siedlungen schwach ausgeprägten lokalen Geschäftswelt, die Konfrontation sich in der Minderheit sehender älterer deutscher Bürger mit jungen Migrantenfamilien, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung öffentlicher Räume und die daran anschließenden Rangeleien um lokale kulturelle Ressourcen in der Freizeit, Kinderbetreuung, Schule, Ausbildung und Religion. Da es in Deutschland aufgrund des restriktiven Staatsbürgerschaftsrechts kaum Chancen einer integrativen politischen Kultur gibt (vgl. Schulte 2000; Bukow, Yildiz 2002), werden die alltäglichen Konfliktlinien nicht selten auf der Ebene gegenseitiger Vorurteile und Ressentiments abgehandelt und fördern die Ausprägung strikter Identitätspolitik (vgl. Heitmeyer, Anhut 2000).

Tab. 2: Anteile der Altersgruppen im Stadtteil Vahrenheide nach Deutschen, Aussiedlern und Nicht-Deutschen in %

Altersgruppen (absolut)	Stadtteil Vahrenheide		
	Deutsche	(darunter Aussiedler)	Nicht-Deutsche
0–2 Jahre (314)	59,2	(9,5)	40,8
3–6 Jahre (459)	53,2	(3,3)	46,8
7–17 Jahre (1.233)	61,6	(9,2)	38,4
18–21 Jahre (444)	62,4	(11,6)	37,6
22–26 Jahre (578)	43,9		56,1
27–44 Jahre (2.250)	61,7	(7,1)	38,3
4–59 Jahre (1.608)	73,0	(10,7)	27,0
60 Jahre und älter (2.433)	88,7	(5,1)	11,3

Quelle: Eigene Berechnungen anhand von Grundlagen der Statistikstelle der Stadt Hannover (Datenbezug: 31.12.2000)

Lesebeispiel: In der Altersgruppe 3–6 Jahre haben 53,2 % die deutsche Staatsangehörigkeit, einschließlich der Aussiedler, die an der gesamten Gruppe der Drei- bis Sechsjährigen einen Anteil von 3,3 % haben.

Die nach Deutschen, Aussiedlern und Nicht-Deutschen aufgeführten Anteile der Altersgruppen in Vahrenheide (Tab. 2) vermitteln einen Eindruck, wie es um das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit bestellt ist. Während schon in Tab. 1 aufgezeigt wurde, dass im Stadtteil überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche leben und unterdurchschnittlich viele Menschen im erwerbsfähigen Alter, wird nun zudem deutlich, dass in den jüngeren Generationen bis zum Alter von 26 Jahren die traditionellen Mehrheitsverhältnisse längst gewechselt haben. Werden die in der Alltagswahrnehmung von autochthonen Deutschen mit jungen Migranten häufig in einen Topf geworfenen jugendlichen Aussiedler gesondert berücksichtigt, wird die Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse noch drastischer. Erst bei den Altersgruppen der Erwachsenen und insbesondere bei denen der über 60-jährigen

zeigen sich in Vahrenheide Verhältnisse, die sich dem städtischen Durchschnitt annähern und somit *gewohnten* Wahrnehmungsperspektiven und Erfahrungen entsprechen.

Für den Stadtteil in seiner Gesamtheit bedeutet dies, dass im Alltagsleben aufgrund des ungewöhnlich hohen Anteils von Kindern und Jugendlichen nicht nur altersspezifische Konfliktlinien anzunehmen sind, sondern darüber hinaus auch ethnische, da der Großteil der jungen Menschen von den älteren Einwohnern als Nicht-Deutsche wahrgenommen wird. Was aber Tab. 2 insbesondere deutlich macht, ist, dass es in diesem Stadtteil kein Zurück mehr geben wird zur *gewohnten* Wahrnehmungsperspektive älterer Deutscher entlang einer Sozialstruktur ähnlich der 1960er-Jahre. Die Zukunft des Stadtteils wird auch in den fortgeschritteneren Altersgruppen von Mehrheitsverhältnissen bestimmt sein, wie sie sich heute schon in den jüngeren Generationen darstellen. Im Prozess einer *sozialen Sanierung*, wie es derzeit in Vahrenheide versucht wird, ist diese Zukunft den Sanierungsakteuren nur schwer zu vermitteln, zumal die politisch aktive Bürgerschaft sich allein aus den Quartieren und den sozialen Milieus rekrutiert, deren lebensweltliche Wahrnehmung eher abseits sozialer Probleme und in Abgrenzung zur Alltagswelt der Nicht-Deutschen geprägt ist.

Tab. 3: Altersgruppenanteile von Deutschen, Aussiedlern und Nichtdeutschen nach ausgewählten Quartieren in %

Altersgruppen	Quartier 1201			Quartier 1206			Quartier 1204		
	Deutsche	(darunter Aussiedler)	Nicht-Deutsche	Deutsche	(darunter Aussiedler)	Nicht-Deutsche	Deutsche	(darunter Aussiedler)	Nicht-Deutsche
0–2 Jahre	100,0	(0,0)	0,0	50,0	(8,6)	50,0	62,8	(3,8)	37,2
3–6 Jahre	94,0	(0,0)	6,0	55,7	(2,3)	44,3	39,0	(0,0)	61,0
7–17 Jahre	84,6	(3,0)	15,4	69,9	(5,6)	30,1	40,4	(5,2)	59,6
18–21 Jahre	86,2	(0,0)	13,8	67,5	(12,5)	32,5	56,3	(9,4)	43,7
22–26 Jahre	95,5		4,5	53,0		47,0	34,9		65,1
27–44 Jahre	93,4	(2,2)	6,6	62,7	(4,3)	37,3	51,2	(6,5)	48,8
45–59 Jahre	96,4	(0,7)	3,6	80,1	(12,8)	19,9	60,2	(10,2)	39,8
60 Jahre und älter	98,6	(0,0)	1,4	90,5	(1,6)	9,5	78,6	(9,7)	21,4

Quelle: Eigene Berechnungen anhand von Grundlagen der Statistikstelle der Stadt Hannover (Datenbezug: 31.12.2000)

Lesbeispiel: Im Quartier 1206 besteht die Altersgruppe 3–6 Jahre zu 55,7 % aus Deutschen (einschließl. Aussiedler) und zu 44,3 % aus Nicht-Deutschen. Von allen Angehörigen dieser Altersgruppe im Quartier 1206 sind 2,3 % Aussiedler.

Wie die aktuellen Wahrnehmungen von Mehrheit und Minderheit sich innerhalb der nach sozialen und ethnischen Merkmalen segregierten Quartiere des Stadtteils (siehe Tab. 1) unterscheiden, zeigt die vorstehende Tab. 3. Deutlich wird, dass das bürgerliche Quartier 1201 in den einzelnen Altersgruppen mit weit unterdurchschnittlichen Anteilen von Nicht-Deutschen bewohnt wird. Dabei wird insbesondere in den älteren Altersgruppen kaum jemals eine Gelegenheit zu interkulturellen Kontakten innerhalb des Quartiers bestehen. Auffällig ist, und dies gilt auch für vergleichbare Stadtteile und Quartiere im übrigen Gebiet der Stadt Hannover (vgl. Buitkamp 2000: 81), dass die sich hier in einer absoluten Minderheiten-Position befindlichen Nicht-Deutschen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als in Stadtteilen und Quartieren mit eigenen Netzwerken und Milieuzusammenhängen.

Im krassen Gegensatz zu Quartier 1201 mit seiner relativ überalterten Einwohnerschaft und insgesamt 26 Nicht-Deutschen steht das Hochhaus-Quartier 1204, wo 751 Nicht-Deutsche aus 34 Nationen (!) und 118 Aussiedler mit den übrigen 753 Deutschen zusammenleben. Erst in den Altersgruppen über 45 Jahre stellt sich hier das alte Verhältnis von Mehrheit und Minderheit wieder her. Allein die Vielfalt der Herkunftsnationen – nur 40,5 % der Nicht-Deutschen werden hier von Türken gestellt, im Unterschied zu 51,4 % in Quartier 1206 – verweist auf den hohen Anteil unterschiedlicher Migrantengruppen, die ebenso wie der überdurchschnittliche Anteil von Deutschen, die als Sozialhilfeempfänger (25,6 %) und Arbeitslose (25,2 %) registriert sind, kaum freiwillig in dieses zu 91 % mit Belegrechtswohnungen versehene Quartier gezogen sind. Darüber sind allerdings die 50 % der Bewohner von 1204, Deutsche und Nicht-Deutsche, nicht zu vergessen, die entweder zu den ursprünglichen Bewohnern zählen oder zu den systemisch integrierten Arbeitsmigranten. Von ihnen ist anzunehmen, dass sie im Unterschied zu den Flüchtlingsgruppen mit dem Quartier mehr oder minder freiwillig eine dauerhafte Perspektive verbinden.

Wird nun noch das Quartier 1206 in den Vergleich einbezogen, das in etwa den Durchschnitt der sozialen Lagemerkmale des gesamten Stadtteils repräsentiert, bestätigt sich hinsichtlich der Altersanteile von Deutschen und Nicht-Deutschen, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie in Quartier 1204, das Bild von zunehmend nicht-deutschen Kindern und Jugendlichen und überdurchschnittlichen Anteilen von über 45-Jährigen Deutschen. Das Quartier 1206 mit seinem für den Stadtteil höchsten Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter hat eine um die Hälfte niedrigere Quote bei Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehern als das Quartier 1204, liegt aber mit diesen Quoten immer noch fast um die Hälfte über dem gesamthannoverschen Durchschnitt. Einzige Ausnahme ist die Sozialhilfequote bei Nicht-Deutschen, die mit 17,5 % unter der gesamtstädtischen Quote von 20,0 % liegt.

Während sich also mit Ausnahme des Quartiers 1201 die überdurchschnittlich niedrigen sozialen Standards der Einwohner Vahrenheides noch je nach Quartier spezifisch zuspitzen oder abschwächen, zeichnet sich für den gesamten Stadtteil eine *altersspezifisch-ethnische Polarisierung* ab zwischen mehrheitlich jungen Nicht-Deutschen und älteren, zumeist in das Rentenalter übergehenden Deutschen. Jede dieser beiden Seiten hat mit spezifischen Identitätsproblemen zu kämpfen, die deutlicher als die nicht immer sogleich sichtbaren Armutsprobleme im öffentlichen Raum ausgetragen werden und das alltägliche Zusammenleben bzw. die soziale Integration im Stadtteil behindern. Die auf Grund beengten Wohnraums ihrer relativ großen Familien und auf Grund mangelnder Freizeitangebote auf die öffentlichen Plätze und Straßen des Stadtteils drängenden Kinder und Jugendlichen sehen sich mit älteren Deutschen konfrontiert. Diese sehen sich außerstande, ihre oft übertriebenen Vorstellungen eines geregelten und ruhigen Alltagslebens gegenüber den Kindern und Jugendlichen geltend zu machen. Wie auch in Vahrenheide sehen sie sich aus den von ihnen beanspruchten Räumen von den „jungen Ausländern“ verdrängt. Als ihre einzig verbliebenen Bastionen wirken Vereine und Institutionen, von den Sportvereinen bis hin zu den lokalen Parteizirkeln. Deren Satzungen und Hausordnungen wirken unbewusst als eine Art Schutzwall gegen die als Invasion wahrgenommenen jungen Leute. Trotz vielfacher Beteuerungen, für die Jugendlichen etwas tun zu wollen, gelingt deren Einbindung nur selten. Versuchen dennoch nicht-deutsche Jugendliche dort Fuß zu fassen, werden sie häufig durch verweisende Belehrungen, die nicht selten als Ausgrenzung

wahrgenommen werden, verprellt. Die älteren Deutschen sind dann bald wieder unter sich und beklagen ihre Nachwuchsprobleme.

Hier prallen zwei Welten aufeinander. Häufig verfügen die jungen Nicht-Deutschen über nur mangelhafte Deutschkenntnisse und sind in öffentlicher Kommunikation und Selbstdarstellung von Unterlegenheitsgefühlen geprägt. Sie fühlen sich im Stadtleben mit ihren Interessen und Bedürfnissen nicht hinreichend bestätigt. Weder spiegeln sich ihre ästhetisch-kulturellen Vorstellungen und Ideen in eigenen Räumen oder Symbolen, noch verfügen sie, vergleichbar mit der Vereinskultur zumeist älterer Deutscher, über selbstbestimmte Einrichtungen und Institutionen. Überwiegend sehen sie sich in defizitärer Position. Dies reicht von alltäglichen Erfahrungen persönlicher Abwertung, z. B. durch die zur Ordnung rufenden etablierten Erwachsenen, bis hin zu fehlender Anerkennung in den Einrichtungen der Freizeit, Erziehung, Ausbildung und Erwerbsarbeit. Rückzüge in ethnisch und sprachlich homogene Gruppen, Sprachverweigerung und Abschottung gegenüber anderen Lebensentwürfen und kulturellen Mustern können die Folge sein. Dabei werden eigene Fähigkeiten und Potenziale unterschätzt und unmittelbar erlebte Verhaltensformen unreflektiert übernommen, so dass die Chancen für das notwendige Erlernen weiterreichender sozialer und kultureller Kompetenzen sich immer weiter reduzieren.

4 Raum und soziale Ungleichheit

Die bis zu diesem Punkt der Darstellung aufgearbeiteten Sozialstrukturmerkmale revidieren die pauschalisierende Außenwahrnehmung des gesamten Stadtteils Vahrenheide als *sozialen Brennpunkts*. Denn ohne die sozialen Problemlagen beschönigen zu wollen, differenziert sich mit der kleinräumigen Datenperspektive das vordergründige, auf Durchschnittswerten basierende Bild zu einer spezifischen Konfiguration sozialer Segregation und Konzentration. Daran anknüpfende Fragestellungen, wie die nach Problemen sozialer Identität bzw. danach, wie diese Segregation gelebt wird und wie sich darüber der Stadtteil als lebensweltlicher Raum strukturiert, erweiterten den Rahmen unserer Untersuchung in Richtung einer *sozialräumlichen Milieuanalyse*. Dazu gehörten intensive Begehungen der insgesamt sieben Quartiere des Stadtteils, um jeweils die Merkmale der Siedlungsstrukturen, Wohnqualitäten und Einrichtungen des Verkehrs, der Versorgung, der Freizeit, der Bildung usw. zu registrieren. Neben der Analyse alltagskultureller Dokumente aus Vereinen, Kirchen und weiteren Institutionen wurde parallel die Siedlungsgeschichte aufgearbeitet, um schließlich 52 protokollierte Expertengespräche mit etwa 80 Vertretern intermediärer, zwischen sozialer und systemischer Integrationsebene vermittelnder Einrichtungen zu führen, die von Kindertagesstätten, Schulen, sozialen Einrichtungen und Arztpraxen bis hin zu örtlichen Geschäften reichten. Gefragt wurde insbesondere nach Mustern des sozialen Zusammenhalts, nach Mentalitäten und Praktiken alltäglicher und politischer Konfliktbewältigung.

Erkenntnistheoretisch war für uns von Bedeutung, dass die sozialen Beziehungen in einem Stadtteil im Spannungsfeld von systemischer Integration und sozialer Identität über soziale Dimensionen der Herrschaft vermittelt werden. Die objektive und subjektive Ebenen der Sozialstruktur verbindende Klassenanalyse Bourdieus (1982) macht darauf aufmerksam. Sie erlaubt es, systematische Zusammenhänge zwischen objektiven

sozialen Ungleichheiten und symbolischen Auseinandersetzungen um Lebensstile, Kulturen und intermediäre Institutionen herzustellen. Bourdieus Theorem des „sozialen Raums“ öffnet insbesondere den Blick auf gesellschaftliche Strukturdimensionen des geografisch verstandenen Raums. Als zunächst rein abstraktes gesellschaftliches Raummodell gefasst, ist der „soziale Raum“ von der ungleichen Verteilung gesellschaftlicher Chancen und Ressourcen sowie von den damit zusammenhängenden alltagskulturellen Orientierungen und Mentalitäten gekennzeichnet. In Bezug auf die geografischen bzw. physischen Räume betont Bourdieu deren immer schon soziale Konstruktion und Wahrnehmung. Er will damit sagen, dass die Aneignungs- und Nutzungsweise des physischen Raums einer Strategie folgt, die auch den abstrakten „sozialen Raum“ prägt; nach einer Strategie, die den entsprechend der gesellschaftlichen Chancenverteilung zur Verfügung stehenden Machtressourcen folgt. Für Bourdieu gehen in diesem Sinne physischer und sozialer Raum als Dimensionen sozialer Praxis ineinander über: „Der soziale Raum ist somit zugleich in die Objektivität der räumlichen Strukturen eingeschrieben und in die subjektiven Strukturen, die zum Teil aus der Inkorporation dieser objektivierten Strukturen hervorgehen.“ (Bourdieu 1991: 28).

Physische reale Räume sind demnach von sozialen Ungleichheiten charakterisiert, die in spezifischen Siedlungs- und Infrastrukturen sowie damit verbundenen Bewertungen zum Ausdruck kommen. Sie beeinflussen als räumliche Objektivierung gesellschaftlicher Ungleichheit in Gestalt von privilegierten oder vernachlässigten realen Räumen die individuellen Orientierungen und Mentalitäten ihrer Nutzer. Die soziale Konstruktion und Reproduktion gesellschaftlicher Wirklichkeit wird demnach in mehr oder minder bewusster Symbolisierung und Verräumlichung zum Ausdruck gebracht. Physisch reale Räume, wie Stadtteile und Quartiere, sind immer schon bewertet und klassifiziert worden, weil sie Gegenstände gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sind. So, wie die Besetzung der Räume mit sozialen Vor- und Nachteilen verbunden ist, repräsentieren ihre Nutzer privilegierte oder benachteiligte soziale Positionen. In diesem Sinne ist die räumliche Verteilung von spezifischen Bewohnergruppen und sozialen Milieus immer auch Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte und Herrschaftsbeziehungen.

4.1 Stadtteil als sozialer Raum

Von der Frage ausgehend, wie über die sozialstrukturelle Differenzierung der sieben Quartiere des Stadtteils hinaus auf typische soziale Machtverhältnisse geschlossen werden kann, gingen wir dazu über, den Stadtteil in Anlehnung an Bourdieus abstrakten sozialen Raum zu rekonstruieren. Wir gingen davon aus, dass sich Beziehungen sozialer Nähe und Distanz im Zugang zu den *intermediären Einrichtungen und Institutionen des Stadtteils* (Abb. 1) konturieren. Es sind diese Orte der mittleren Vergesellschaftungsebenen, in denen sich die unterschiedlichen sozialen Milieus nicht nur repräsentiert und symbolisiert sehen, sondern über die sie sich auch mit anderen sozialen Milieus auseinandersetzen. Dementsprechend entschlossen wir uns, einen *stadtteiltypischen abstrakten sozialen Raum* (Abb. 2) zu erstellen, der mit seinen Zonen sozialer Nahen und Distanzen zugleich über soziale Machtkonstellationen im Stadtteil Auskunft geben kann.

Die Vertikale unseres Raumschemas positioniert die im Stadtteil vorfindbaren sozialen Lagen, während die Horizontale unterschiedliche Mentalitäten bzw. Ethiken der alltäglichen Lebensführung abbildet. Wir gingen davon aus, dass in den Stadtteileinrichtungen unterschiedliche Verhaltenserwartungen, Wertvorstellungen und Praktiken der Kommunikation gelebt werden. Dies beginnt mit Verhaltens- und Umgangsweisen, die aufgrund geringer materieller und sozialer Ressourcen der Beteiligten auf Unterstützung ausgerichtete Anlehnungsstrategien bzw. *Mentalitäten der Notwendigkeit* begründen, setzt sich mit nach allgemeiner Anerkennung und *Respektabilität* strebenden Orientierungen fort bis hin zu *Mentalitäten des Besonderen*, deren Praktiken und Anerkennungsstrategien soziale und kulturelle Kompetenzen der Hochkultur voraussetzen.

Jede der Einrichtungen des Stadtteils wurde gemeinsam von der Forschungsgruppe nach der Methode des „*aszendierenden Verfahrens*“ (Geiger 1932: 17; vgl. auch Vester et al. 2001: 220) positioniert. Dabei handelt es sich um ein regelgeleitetes hermeneutisches Verfahren, in dem ausschließlich die beteiligte Forschungsgruppe auf ihr im Untersuchungsverlauf angehäuften Wissen über den Stadtteil zurückgreift und konsensual entscheidet; so z. B. bei Fragen danach, welche sozialen Milieus ihre Kinder in welchen Tagesstätten betreuen lassen, oder wie die Vereine im Stadtteil sich nach Maßgabe der Kategorien der sozialen Lage und der Mentalitäten voneinander unterscheiden. Nach einer vorläufigen Einordnung der Einrichtungen erfolgte die endgültige Positionierung durch die Forschungsgruppe, nachdem die Einrichtungen Schritt für Schritt alle zueinander in Beziehung gebracht worden waren. Die sich aus dem zunächst zweidimensionalen Raumschema ergebenden Darstellungszwänge sowie auch die Problematik der unterschiedlichen Logiken der einzelnen Einrichtungen (z. B. ALDI, Schulen, Parteien) wurden im Interesse der auf eine Gesamtbetrachtung der sozialen Beziehungen im Stadtteil zielenden Abstraktion bewusst in Kauf genommen.

In Abbildung 2 sind Einrichtungen schraffiert gekennzeichnet, die überdurchschnittliche Anteile von Migrant*innen zu ihren Nutzern zählen. Die grau unterlegten Felder verweisen darauf, welche Organisationen vergleichbare Zielsetzungen und Integrationsformen haben, wo alltagskulturelle Abgrenzungen verlaufen, welche sozialen Milieus eher sozial isoliert sind und welche Einrichtungen soziale Brückenfunktionen wahrnehmen. Die unterschiedlichen Rahmungen der Einrichtungen zeigen die Größe der in ihnen verkehrenden Personenkreise an. Der soziale Raum des Stadtteils Hannover-Vahrenheide präsentiert sich dabei als Muster von fünf Feldern:

Im *Feld der notwendigen Versorgung* (unten links) dominieren die sozialstaatlichen Einrichtungen und Initiativen für Kinder, Jugendliche und Senioren und dabei insbesondere für Nicht-Deutsche. Dazu gehören preisgünstige Geschäfte sowie auch Kioske, Bistros und Läden von Migrant*innen. In diesem Feld bewegen sich zumeist Bewohnergruppen mit niedrigen und geringen sozialen Standards.

Im *Feld des pädagogischen Bestrebens* (unten rechts) bewegen sich ebenfalls Angehörige prekärer sozialer Lagen. Allerdings sind die dortigen Einrichtungen darauf ausgerichtet, berufliche Qualifizierungen zu vermitteln und nachzuholen sowie mit Hilfestellungen von professioneller und etablierter Seite eigene Interessen in respektablen Formen zu organisieren.

Abb. 1: Intermediäre bzw. kommunale, sozialstaatliche und bewohnergetragene lokale Einrichtungen in Hannover-Vahrenheide

<i>Kommunale Einrichtungen</i>
<p><i>Sozialamt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Stelle für allgemeine Sozialhilfe - Seniorenbegegnungsstätte, Seniorenbüro <p><i>Amt für Jugend und Familie:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung - Jugendzentrum Camp - Kinderspielpark Holzwiesen <p><i>Kommunaler Sozialdienst:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Dienststelle Vahrenheide - Gemeinwesenarbeit - Jugendgerichtshilfe <p><i>Gesundheitsamt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Sozialpsychiatrische Beratungsstelle <p><i>Schulamt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Fridtjof-Nansen-Grundschule - IGS Vahrenheide-Sahlkamp - Herschelgymnasium <p><i>Kulturamt (mit Stadtteilinitiative):</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Kulturtreff Vahrenheide <p><i>Polizeidirektion Hannover:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Polizeistation Vahrenheider Markt - Kontaktbereichsbeamte

<i>Einrichtungen der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH)</i>
<p>GBH-Geschäftsstelle Vahrenheide</p> <p>Betreute Altenwohnanlagen</p> <p>GBH-Mieterservice</p> <p>Mieterbeirat GBH</p>

<i>Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes</i>
<p>DRK-Ortsverein Vahrenheide</p> <p>Altenpflegeheim Dunantstraße</p>

<i>Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt</i>
<p>Emmy-Lanzke-Haus</p> <p>Krabbelstube und Kita Emmy-Lanzke-Haus</p> <p>Hort in der Fridtjof-Nansen-Schule</p> <p>Spielmobil</p> <p>Streetwork/Jugendkontaktladen</p> <p>LIFT/Job-Börse</p>

<i>Einrichtungen der katholischen Kirche/Caritas</i>
<p>St. Franziskusgemeinde</p> <p>Carl-Sonnenschein-Haus</p> <p>Faschings-Club St. Franziskus</p>

<i>Einrichtungen der evangelischen Kirche/Diakonie</i>
<p>Titusgemeinde</p> <p>Kita Titus I und II</p> <p>Soziale Gruppeninitiative e.V.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Jugendwerkstatt Vahrenheide - Werkstatt-Treff - Pro Beruf - Montage-Bau <p>Treff deutsche und ausländische Frauen</p> <p>Diakoniestation Vahrenheide-Sahlkamp</p> <p>-----</p> <p>Sozialpädagogische Einzelbetreuung der evangelischen Jugendhilfe des Stephanusstifts</p> <p>„Kids-Club“ vom Jugendverband der evangelischen Freikirchen</p> <p>Evangelische Baptisten-Brüdergemeinde</p> <p>Evangelische Christengemeinde</p>

<i>Vereine/bewohnergetragene Initiativen</i>
<p>Bürgerinitiative Vahrenheide e.V.</p> <p>Stadtteilinitiative Kulturtreff Vahrenheide e.V. – Kulturtreff (auch öffentlicher Träger)</p> <p>Nachbarschaftsinitiative e.V.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krabbelstube Simalabim - Nachbarschaftstreff - Seniorenklub Russischer Nachmittag <p>Grünpflege Vahrenheide e.V.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grünflächenprojekt - Grüne Boten - Pro Sauber <p>FLAIS e.V. Förderverein Leben und Arbeiten im Stadtteil Vahrenheide</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tauschring/Fundgrube - Bürger-Service <p>Wohnungsgenossenschaft Vahrenheide-Sahlkamp (VASA)</p> <p>Mieterverein Klingenthal 6B</p> <p>„Es tut sich was“ MieterInnenverein Sahlkamp-häuser 81 – 87 e.V. in Hannover</p> <p>Alkoholkrankenselbsthilfegruppe „Gruppe 90“</p> <p>Verein für Sozialmedizin Vahrenheide e.V.</p> <p>Demokratischer Kulturverein e.V.</p> <p>Schießsport Vahrenheide von 1967 e.V.</p> <p>SV Kickers Vahrenheide e.V.</p> <p>Sportverein Borussia e.V.</p> <p>TUS Vahrenwald 08 e.V.</p> <p>Eis- und Rollsportclub e.V.</p> <p>Sportverein Wasserfreunde 98 e.V.</p> <p>Kleingartenverein</p>

Quelle: Eigener Entwurf

Im *Feld der traditionellen Respektabilität* (oben links) dominieren die Traditionsvereine der zumeist älteren Deutschen aus Vahrenheide. Dazu gehören einige wenige Fachgeschäfte, die katholische Kirche und die CDU. Hier überwiegen die relativ wenigen Angehörigen des bürgerlichen Milieus und des traditionellen und kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieus, die den Stadtteil mit aufgebaut haben und sich heute in der Defensive wahrnehmen. Abgrenzungen werden deutlich zu den Migranten und zu den Kindern und Jugendlichen des Stadtteils, die sich in den unteren Feldern repräsentiert sehen.

Im (oberen mittleren) *Feld der sozialpolitischen Patronage* finden sich Einrichtungen und Organisationen, die im Stadtteil Hegemonie ausüben, weil sie die politischen Mehrheitsverhältnisse und die Agenda lokaler Diskussionen dominieren. Dazu gehören die SPD, die Wohnungsbaugesellschaft GBH, die Arbeiterwohlfahrt (AWO) sowie auch die evangelische Kirchengemeinde. In den alltäglichen sozialen Beziehungen stehen sie zur Bevölkerungsmehrheit in Vahrenheide in Distanz, gehören jedoch zu den Initiatoren und Unterstützern der Einrichtungen in den unteren Feldern.

Im (oberen rechten) *Feld der konzeptorientierten Distinktion* sind politische Gruppierungen wie FDP, Grüne, Einrichtungen der Bürgerbeteiligung und auch das Gymnasium versammelt. In ihnen bewegen sich nur kleine Gruppen der lokalen Einwohnerschaft, deren engagierte Personen über umfangreiche soziale Kompetenzen, sprachliches Geschick und Selbstbewusstsein verfügen. Noch deutlicher als die Einrichtungen des Feldes der sozialpolitischen Patronage sind ihre Alltagsbeziehungen von sozialer Distanz zu den übrigen Einwohnern geprägt, auch wenn sie bereit sind, sich für den Stadtteil, allerdings vornehmlich aus ihren eigenen moralischen und politischen Perspektiven heraus, einzusetzen.

In diesem Raumschema fallen Einrichtungen auf, die sich keinem der Felder eindeutig zuordnen lassen. Dies gilt beispielsweise für die Sahlkampfhäuser *unten links*, in denen stark unterprivilegierte Deutsche leben, ebenso wie für die Baptisten in der *Mitte rechts*, die sich gegenüber der Stadtteilöffentlichkeit abschotten. Zwischen den Feldern vermittelnd sind Schulen, Qualifizierungsprojekte, Bürgerforum und Sanierungskommission platziert; so auch die Koordinierungsrunde, ein seit mehr als 20 Jahren bestehendes Gremium aus Mitarbeitern sozialer Einrichtungen. Es steht in relativer Spannung zu den hegemonialen Ansprüchen der Institutionen aus Politik und Verwaltung der oberen, insbesondere rechten Hälfte des sozialen Raums. Diese halten den sozialpädagogisch Beschäftigten nicht selten ineffektive und Vorschriften negierende Arbeit im Umgang mit den sozialen Problemgruppen vor, während jene umgekehrt eine politisch und verwaltungsintern induzierte mangelhafte Ressourcenausstattung beklagen.

5 Konfliktlinien

An die vorangegangenen Befunde und an das Schema des sozialen Raums anknüpfend offenbaren sich mit der Großwohnsiedlung Hannover-Vahrenheide typische Konfliktlinien. Das *Verhältnis zwischen Gesamtstadt und Stadtteil* ist davon geprägt, dass gesamtstädtische Probleme sozialer und ethnischer Integration von Politik und Verwaltung in vergleichbaren Großwohnsiedlungen konzentriert sind. Hier ist der Anteil von Wohnungen mit städtischen Belegrechten um ein Dreifaches höher als in der Gesamtstadt, und die Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote der Bewohnerschaft ist doppelt so hoch. Die entsprechenden Quoten

der Deutschen liegen im gesamtstädtischen Vergleich über denen der Nicht-Deutschen. Deren Anteil im Stadtteil beträgt mit 30 % das Doppelte des Stadtdurchschnitts. Auch liegt der Anteil von Kindern und Jugendlichen weit über dem in der übrigen Stadt, während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vahrenheide weit unter dem Stadtdurchschnitt angesiedelt ist.

Hier bestätigt sich, dass die unverhältnismäßige Ballung sozialer Problemlagen in Großwohnsiedlungen Ergebnis städtischer Entlastungsstrategien ist. Städtische Sanierungsversuche, über Privatisierung und familiengerechten Umbau von Wohnungen moderne soziale Milieus in den Stadtteil zu holen und gleichzeitig mit den Privatisierungserlösen Belegrechtswohnungen in anderen Stadtteilen aufzukaufen, zeigen angesichts der Stigmatisierung des Stadtteils Vahrenheide und angesichts des in der Stadt entspannten Wohnungsmarktes keine Erfolge.

Darüber hinaus ist die Großwohnsiedlung von erheblicher *Binnen-Segregation* gekennzeichnet. In der Abstufung von Reihenhaussiedlungen, Zeilenbauten und Hochhauskomplexen zeigen sich extreme soziale Ungleichheiten, die das Zusammenleben im Stadtteil ungleich schwieriger gestalten als es aus gesamtstädtischer Perspektive vorstellbar scheint. Auf der einen Seite befinden sich einige wenige gutsituierte, zumeist ältere Teile der Bewohnerschaft in relativ abgeschotteten Reihenhaushäusern, während in den Hochhauskomplexen sozial unterprivilegierte Gruppen auf engem Raum um notwendigste Lebensgrundlagen bemüht sind. Dazwischen bewegen sich in den Zeilenbauten auf Respektabilität bedachte ältere Angehörige der Wiederaufbaugeneration wie auch zunehmend systemisch integrierte Nicht-Deutsche.

Bewohner aus modernen sozialen Milieus der gesellschaftlichen Mitte, die zwischen den unterschiedlichen, nicht selten gegensätzlichen Ansprüchen auf Gebrauch der von Funktionstrennungen geprägten öffentlichen Räume und spärlichen Infrastruktur vermitteln könnten, sucht man im Stadtteil vergeblich. Deren Funktion versuchen sozialstaatliche Einrichtungen und Initiativen zu übernehmen, die allerdings nur bedingt in der Lage sind, sich im Interesse der öffentlich schwachen, sogenannten Problemgruppen gegen die Hegemonie der von den älteren Autochthonen beherrschten intermediären Institutionen durchzusetzen. Da es darüber hinaus Ressourcen lokaler Ökonomie im Stadtteil nie gegeben hat, reduzieren sich entsprechende Initiativen auf zeitlich befristete Beschäftigungsmaßnahmen in einfachen Dienstleistungsbereichen sowie auf Qualifizierungsprojekte, die auf Erwerbstätigkeit außerhalb des Stadtteils ausgerichtet sind.

Des Weiteren birgt die Großwohnsiedlung einen erheblichen *Generationenkonflikt*, der sich im Verhältnis der beiden unteren Felder im Schema des sozialen Raums zum Feld der traditionellen Respektabilität andeutet. Kinder und Jugendliche repräsentieren die unteren sozialen Lagen im Stadtteil und erleben Formen der Vergemeinschaftung überwiegend in sozialstaatlich vermittelten Einrichtungen, die häufig überfüllt und für ihre Aufgaben schlecht ausgestattet sind. Allein die Schulen als milieuübergreifende, weil alle Kinder des Stadtteils erreichende Sozialisationsinstanzen eröffnen mit engagierter Arbeit und innovativen Erziehungskonzepten den jüngeren Generationen ein größeres Maß gesellschaftlicher Chancen. Die alte Mieterschaft aus dem Feld der traditionellen Respektabilität scheint hingegen mit den Mentalitäten der jungen Generationen überfordert zu sein.

Dementsprechend verstehen und gestalten sie ihre Einrichtungen eher als Rückzugsorte denn als auf den gesamten Stadtteil ausgerichtete Integrationsinstanzen.

Der Generationenkonflikt wird zudem durch Formen der *ethnischen Segregation* überlagert. 31 % Nicht-Deutsche aus mehr als 40 Nationen sowie 11 % deutsche Aussiedler konzentrieren sich in den jüngeren Alterskohorten, während die autochthone deutsche Bevölkerung überwiegend in den älteren Geburtsjahrgängen anzufinden ist. In den oberen Feldern des sozialen Raums finden sich kaum Personen mit Migrationshintergrund. Insbesondere den zunehmend soziale und materielle Sicherheit gewinnenden türkischen Milieus fehlen öffentliche Orte und Gelegenheiten zu gesellschaftlicher und kultureller Repräsentanz. Mit Blick auf das Geschlechterverhältnis zeigt sich, dass insbesondere nicht-deutsche Männer in den intermediären Einrichtungen des Stadtteils fehlen. Lediglich der von Türken getragene Demokratische Kulturverein hat im sozialen Raum Berührungspunkte mit dem oberen mittleren Feld, insbesondere nach Unterstützung durch die evangelische Kirche und einige Sanierungsakteure. Die katholische Kirche kann einen Teil der Aussiedlerbevölkerung integrieren, während die Baptistengemeinde und der russisch geprägte Seniorenklub an vergleichbaren Angeboten nicht interessiert sind.

Grundsätzlich auffällig ist das erhebliche *Machtgefälle* im Stadtteil. Die in den oberen Feldern des sozialen Raums repräsentierten älteren Deutschen dominieren mit ihren Repräsentanten die lokale kulturelle und politische Öffentlichkeit. Dazu gehören auch die Akteure der Stadtteilsanierung, die in den Einrichtungen und Gremien, wie Sanierungsbüro, Sanierungskommission und Bürgerforum, ihre Distanz zum alltagskulturellen Stadtteilgeschehen nicht reduzieren können, da sich nur ein äußerst geringer Teil der Bevölkerung aus den unteren Feldern des sozialen Raums für Beteiligungsangebote gewinnen lässt.

Dies betrifft auch die auf Bewohnerbeteiligung ausgerichteten Projekte „sozialer Sanierung“ (vgl. Becker, Löhr 2000), die mit Problemen der Bereitschaft zum Engagement kämpfen. Angesichts der unterschiedlichen Interessen der äußerst heterogenen Bewohnerschaft werden diejenigen Aktiven, die nicht zu den Repräsentanten der deutschen Mehrheitsbewohner zählen, nicht selten auch noch als Vertreter von Partikularinteressen gehandelt. Dies passiert immer dann, wenn ihre Vorstellungen mit vermeintlich politischen und finanziellen Sachzwängen kollidieren, die häufig schon zuvor unter Ausschluss der in der Regel sprachlosen betroffenen Bewohnergruppen in unumstößliche Vorhaben und Planungen eingegangen sind.

Aber auch beteiligungsorientierte Maßnahmen, wie die Einrichtung und der Ausbau integrativer Schulformen, sozialstaatlicher Betreuungseinrichtungen und diverser baulicher und sozialer Sanierungsinitiativen, stoßen an Grenzen, wenn es darum geht, den nicht-deutschen Ethnien und Kulturen Selbstdarstellungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zuzugestehen. Dies betrifft sowohl die Gestaltung und Symbolik des öffentlichen Raums als auch Hilfestellungen bei der autonomen Gestaltung kultureller Handlungsspielräume. Diese werden trotz veränderter Mehrheitsverhältnisse aus den traditionellen hegemonialen Strukturen heraus, also von der relativen Minderheit älterer autochthoner Deutscher, definiert. Wird berücksichtigt, dass z. B. im Stadtteil Vahrenheide nahezu ein Drittel der Bewohner über keinen politischen Bürgerstatus verfügt und 30 % der Deutschen auf sozialstaatliche Transferleistungen angewiesen sind, ist zudem vorstellbar, dass politische

und gesellschaftliche Beteiligung in den Formen bürgerlicher Öffentlichkeit und Kompetenz hinter der Bewältigung alltäglicher Probleme zurückstehen müssen.

Vahrenheide gehört mittlerweile zu den Modellgebieten im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Zu hoffen ist, dass dieses Programm dazu beitragen kann, entsprechenden Großsiedlungen jene differenzierende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die ihnen entlang von stigmatisierenden Öffentlichkeitsbildern häufig versagt bleibt. Erst dann werden sich realistische Möglichkeiten anbieten, den Problemen sozialer Integration, Identität und Machtverhältnisse effektiv entgegenzutreten zu können: nach Maßgabe der Hilfe zur Selbsthilfe, dabei den Betroffenen autonome Handlungsspielräume gewährend und Teilnehmungsformen anbietend, die nicht allein auf die sozialen und kulturellen Kompetenzen deutscher Aktivbürger Rücksicht nehmen. Auf der politischen Ebene sind Maßnahmen eines gesamtstädtischen sozialen Lastenausgleichs zu entwickeln, zu dem insbesondere von vergleichbaren sozialen Problemen befreite Stadtteile beitragen könnten. Ob dies mehrheitsfähig werden wird, wird nicht zuletzt davon abhängig sein, wie sich eine sensibilisierte Öffentlichkeit für sozial bedrohte Stadtteile strukturiert – integrativ oder ausgrenzend.

Literatur

- Bartelheimer, P. (1997): Risiken für Frankfurt als soziale Stadt. Erster Frankfurter Sozialbericht, Frankfurt am Main.
- Becker, H.; Löhr, R.-P. (2000): „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10–11, 2000, S. 22–29.
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P. (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, M. (Hrsg.): *Stadträume*. Frankfurt/M., New York, S. 25–34.
- Bukow, W.-D.; Yildiz, E. (Hrsg.) (2002): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Opladen.
- Buitkamp, M. (2001): Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslagen und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt. Hannover (agis texte 23).
- Durkheim, E. (1988/1902): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften (1902). Frankfurt/M.
- Geiger, T. (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart.
- Geiling, H.; Schwarzer, T. (1999): Abgrenzung und Zusammenhalt. Zur Analyse sozialer Milieus in Stadtteilen Hannovers. Hannover (agis texte 20).
- Geiling, H.; Schwarzer, T.; Heinzelmann, C.; Bartnick, E. (2001): Stadtteilanalyse Hannover-Vahrenheide. Sozialräumliche Strukturen, Lebenswelten und Milieus. Hannover (agis texte 24).
- Geiling, H.; Schwarzer, T.; Heinzelmann, C.; Bartnick, E. (2002): Hannover – Vahrenheide-Ost. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): *Die soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*. Berlin, S. 152–167.
- Geißler, R. (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. Wiesbaden.
- Häußermann, H. (1995): Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 1995, Heft 1, S. 89–98.

- Häußermann, H.; Kapphan, A. (2000): Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen.
- Heitmeyer, W.; Anhut, R. (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim, München.
- Läpple, D. (1991): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, H. u. a. (Hrsg.): Soziologische Analysen. Pfaffenweiler, S. 157–207.
- Lockwood, D. (1979[1964]): Soziale Integration und Systemintegration. In: Zapf, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Königstein, S. 124–137.
- Mitscherlich, A. (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main.
- Park, R. (1925/1974): The Urban Community as a Spatial Pattern and a Moral Order. In: Publications of the American Sociological Association, Vol. 20, S. 1–14, 1925 (dt. leicht gekürzt unter dem Titel „Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung“. In: Atteslander, P.; Hamm, B. (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln 1974, S. 90–100).
- Podszuweit, U.; Schütte, W. (1997): Sozialatlas Hamburg 1997. Hamburg.
- Schulte, A. (2000): Zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie: Lebensverhältnisse von Migranten und staatliche Integrationspolitiken in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schmals, K. M. (Hrsg.): Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen, S. 33–84.
- Simmel, G. (1903/1983): Brücke und Tor: Die Großstädte und das Geistesleben (1903). In: Schmals, K. M.: Stadt und Gesellschaft. Ein Arbeits- und Grundlagenwerk. München 1983, S. 237–246.
- Vester, M.; von Oertzen, P.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main.
- Weber, M. (1985 [1921]): Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte). In: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen, S. 727–814.
- Wilson, W. J. (Hrsg.) (1993): The Ghetto Underclass. Social Science Perspectives. Newbury Park, CA.